

POSITION

Weniger ist mehr – Für eine Entlastung des Mittelstands

Die Belastung des deutschen Mittelstands ist zu groß. Vor allem die durch Gesetzgeber sowie Verwaltung auferlegte Bürokratie und die außerordentlich hohen Sozialabgaben bremsen Wachstum und Entwicklung, verhindern Investitionen und bedrohen Arbeitsplätze. Die hohe Staatsquote gefährdet Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie. Deshalb muss das Steuer- und Abgabensystem grundlegend reformiert sowie vereinfacht und die Staatsquote gesenkt werden. Der Staat muss seine konsumtiven Ausgaben sowie Verwaltungsstrukturen reduzieren und Investitionen in die Zukunft in den Bereichen Bildung, Forschung und Infrastruktur ausbauen, um langfristig Wohlstand zu gewährleisten. Die Leistungsträger in Wirtschaft und Gesellschaft dürfen nicht über Gebühr belastet und müssen stärker an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden, um eine höhere gesamtwirtschaftliche Produktivität und eine bessere Akzeptanz von Staatstätigkeit zu erreichen.

Die Hälfte der deutschen Wirtschaftsleistung wird durch den Mittelstand erbracht, zu dem 99 Prozent aller deutschen Unternehmen gehören. Fast 40 Prozent der Unternehmensumsätze in Deutschland werden von mittelständischen Unternehmen erwirtschaftet, bei denen über 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten angestellt sind. Mit seiner wirtschaftlichen Leistung trägt der Mittelstand also einen Großteil zur Finanzierung des Staates bei. Mittelständische Unternehmen sowie deren Mitarbeiter gehören zu den „starken Schultern“, die den deutschen Staat sowie sein umfassendes Leistungs- und Versicherungssystem tragen. Sie übernehmen so Verantwortung für die Entwicklung und Wohlfahrt der gesamten Gesellschaft.

Der deutsche Mittelstand zahlt zu viel

Der deutsche Mittelstand leistet nicht nur viel, sondern zahlt auch viel für das Staatswesen. Die Steuerquote, also das Verhältnis von Steueraufkommen zur Wirtschaftsleistung, mag zwar im internationalen Vergleich relativ niedrig sein, allerdings wird in Deutschland – im Gegensatz zu anderen Ländern – das Sozialsystem nicht über Steuern, sondern über Abgaben finanziert, die sich in der Steuerquote nicht widerspiegeln. Zudem zahlen kleine und mittelständische Unternehmen einen erheblichen Anteil aller Steuern. Außerdem sind sie mit einer der höchsten Sozialabgabenquoten, die weit über dem internationalen Durchschnitt liegt, belastet. Die enormen Abgaben für die Sozialversicherung, die zudem seit Jahren kontinuierlich ansteigen, schmälern die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen und gefährden in Phasen wirtschaftlicher Schwäche Arbeitsplätze. Aber nicht nur die Höhe der Abgaben ist eine Bürde für den Mittelstand, sondern auch der damit verbundene Verwaltungsaufwand. Da die Beiträge an Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- sowie Pflegeversicherung abgeführt werden müssen und das Steuerrecht unnötig kompliziert ist, benötigen deutsche Unternehmen überdurchschnittlich viel Zeit für die Regelung ihrer Steuer- und Sozialversicherungsangelegenheiten. Durch bürokratische Vorschriften, Kontrollen und Berichtspflichten werden Ressourcen vergeudet und das Unternehmertum ausgebremst. Nur mit der (Wieder-)Einführung von Pauschalregelungen

und die Anhebung von Pauschalen sowie eine allgemeine Reduktion der Bürokratie kann der Mittelstand international wettbewerbsfähig bleiben.

Eine weitere Belastung des Mittelstands durch höhere Steuern, wie zum Beispiel ein verschärftes Erbschaftssteuerrecht, die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer oder eine Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer, wäre ein massiver Eingriff in die Substanz der Wirtschaftskraft kleiner und mittelständischer Unternehmen. Mittel für Investitionen und Wachstum würden fehlen, Ausbildungs- und Arbeitsplätze und damit die Existenz zahlloser Arbeitnehmer sowie deren Familien aufs Spiel gesetzt und Kapital ins Ausland fließen. Diejenigen, die den deutschen Wohlstand erwirtschaften und heute schon erhebliche staatliche Lasten tragen müssen, würden über ihre Leistungsfähigkeit hinaus in Anspruch genommen und weniger Anreize haben, überhaupt unternehmerisch tätig zu sein.

Der Mittelstand ist sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung bewusst und bereit, diese auch finanziell zu tragen. Allerdings wird das durch die Gesetzeslage für den einzelnen Unternehmer zeitraubend und mühselig. Deswegen muss das Einkommens- und Unternehmenssteuerrecht hin zu einem einfachen, niedrigen und gerechten Steuersystem mit moderaten Sätzen und wenigen Ausnahmen grundlegend reformiert werden. Dadurch werden automatisch Steuervermeidungs- sowie Steuerhinterziehungstatbestände minimiert und gesellschaftliche Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg garantiert.

Staatsquote: Weniger ist mehr

Wie groß neben der Steuer- und Abgabenlast die Inanspruchnahme der Wirtschaft durch den Staat ist, lässt sich an der Staatsquote, dem Verhältnis von Staatseinnahmen oder Staatsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt, ablesen. Die optimale Höhe der Staatsquote ist zwar umstritten, allerdings ist davon auszugehen, dass mit einer Staatsquote von 30 bis 40 Prozent alle staatlichen Aufgaben in einem Industrieland zu bewältigen wären, ohne wesentliche Abstriche bei Versorgung und soziale Absicherung machen zu müssen. Deutschland liegt konstant darüber, hat zeitweise sogar Quoten über 50 Prozent erreicht, das heißt, die Hälfte des erwirtschafteten Einkommens wird durch den Staat in seine Verfügungsgewalt umgeleitet. Durch Steuern und Abgaben wird für Leistungen bezahlt, die die Privatwirtschaft besser und billiger erbringen könnte. Private Ausgaben für Konsum sowie Forschung und Entwicklung, private Investitionen und unternehmerische Leistungen werden durch den Staat verdrängt. Dies gefährdet letztendlich Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie, weil private und unternehmerische Wirtschaftstätigkeit gegenüber dem Einfluss des Staates in den Hintergrund rücken. Durch das komplizierte, stark verzerrende Steuersystem, das die Staatstätigkeit finanzieren soll, und die bürokratische Finanzverwaltung werden diese Effekte noch verstärkt, wirtschaftliches Wachstum und Dynamik – besonders im Mittelstand – ausgebremst. Deutschland hat den Punkt längst überschritten, an dem eine weitere Ausdehnung der staatlichen Aufgaben die private Initiative über Gebühr lähmt und der Volkswirtschaft schadet. Empirische Untersuchungen legen nahe, dass sich bei einem so hohen Ausmaß an Staatstätigkeit wie in Deutschland mit jedem Prozentpunkt weniger Staatsquote das Wachstum um bis zu einem viertel Prozent steigern lassen würde. Mit einer Konsolidierung der Staatsfinanzen, einem Abbau der Staatsschuld und einer Rückführung der Staatstätigkeit durch zum Beispiel sinnvolle Privatisierungen können selbst in Stagnationsphasen die Wachstumskräfte einer Volkswirtschaft spürbar gestärkt und der Arbeitsmarkt belebt werden. Es muss der Grundsatz „privat vor Staat“ gelten.

Eine Frage der Qualität

Der deutsche Staat gibt allerdings nicht nur zu viel Geld aus, er gibt es auch an der falschen Stelle aus. Letztendlich ist nicht unbedingt die Höhe der Staatsausgaben entscheidend, sondern ihre Verwendung. Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur, in Kindergärten, Schulen und Universitäten würden zwar die Staatsquote erhöhen, sind aber wesentliche Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum. Die staatliche Investitionsquote hat sich nichtsdestotrotz seit Anfang der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts mehr als halbiert, während die konsumtiven Ausgaben für Zinsen und Soziales in die Höhe geschossen sind wie in keinem anderen Industrieland. Die deutsche Staatsquote besteht zu mehr als der Hälfte aus Zahlungen zur Altersversorgung und Unterstützung während Phasen der Erwerbslosigkeit. Der Spielraum für investive Ausgaben ist dadurch erheblich eingeschränkt. Die Frage, wie viel oder wenig der Staat tun soll, lässt sich also nicht nur quantitativ beantworten, sondern vor allem qualitativ.

Der Staat muss sich auf Investitionen in die Zukunft konzentrieren. Dazu gehören – vor allem vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der Globalisierung – eine Anhebung der Bildungsausgaben auf zumindest den europäischen Durchschnitt und eine deutlichere Förderung des Wissenschaftsstandorts Deutschland. Finanziert werden kann das durch eine Reduzierung der öffentlichen Personalausgaben, eine Überprüfung von Verwaltungseinrichtungen auf Effizienz und Effektivität sowie den daraus folgenden Abbau von bürokratischen Strukturen, Subventionsabbau und den mit Haushaltskonsolidierung einhergehenden Rückgang von Zinszahlungen. Die Sozialversicherung muss stärker auf ihr Kerngeschäft des solidarischen Risikoausgleichs bei fundamentalen Lebensrisiken zurückgeführt und dabei Kostenbewusstsein sowie Eigenvorsorge gestärkt werden. Eine konsequente Aufgaben- und Ausgabenkritik kann so sogar zu Steuermehreinnahmen durch wirtschaftlichen Aufschwung führen. Kostenträchtige Ausgabenprogramme sind systematisch zu evaluieren, zu revidieren und langfristig herunterzufahren. Vor allem bei sozialen Leistungsprogrammen zeigt sich nach wissenschaftlichen Untersuchungen oft eine nur geringe Effektivität und Effizienz: In den Bereichen Gesundheit, Familienförderung und Bildung könnten bei gleichem Mitteleinsatz wesentlich bessere Ergebnisse erzielt werden, während bei Arbeitsmarkt- und Wohnungspolitik bei gleich bleibender Leistung Geld gespart werden könnte.

Entscheidend ist auch, wie stark die Bürger an Finanzierung und Ausgestaltung staatlicher Leistungen beteiligt werden. Die Steuerehrlichkeit steigt und die staatlichen Leistungen werden hinsichtlich Kosten sowie Qualität umso sorgfältiger getätigt, je mehr die Bürger in den Entscheidungsprozess einbezogen werden. So wird gewährleistet, dass staatliche Einkommensumverteilung zielgenauer und belastungsgerechter ausgestaltet wird. Wenn der Mittelstand auch weiterhin Leistungsträger der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft sein soll, darf er nicht nur immer weiter belastet und bürokratisch behindert werden, sondern er muss sich aktiv an einzelnen Entscheidungsprozessen, aber auch an der Bestimmung grundsätzlicher wirtschaftspolitischer Leitlinien beteiligen können. Dieser Appell richtet sich an beide Seiten: an die Politik, die Wege zur Beteiligung und demokratischen Mitbestimmung eröffnen und fördern, sowie ihre Entscheidungsgrundlagen transparenter und deutlicher kommunizieren muss; und an die Akteure des deutschen Mittelstandes, die sich einbringen, engagieren und Rechenschaft einfordern müssen. All dies mündet letztlich in einer höheren gesamtwirtschaftlichen Produktivität und Akzeptanz der Staatstätigkeit, weil staatliche Institutionen effizienter arbeiten und die Finanzpolitik solider wird.